

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer (Köln), Jan van Aken, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Von der Konfrontation zur Kooperation – Deutsch-russische Beziehungen verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland war über Jahrzehnte und ist bis heute ausschlaggebend für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa. In diesem Jahr unterstreichen drei Jahrestage diese Feststellung: der 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, der 35. Jahrestag der Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung:
 - a) Am 8. Mai 2010 jährt sich zum 65. Mal der Tag der Befreiung vom Faschismus. Befreit wurde die Welt von einem verbrecherischen System, das die Verantwortung für Millionen Tote als Opfer des Krieges, insbesondere des Vernichtungskrieges im Osten, des Mordens in den Konzentrationslagern, in Zuchthäusern und Gefängnissen und in den damals von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten trug. Der Holocaust, das Menschheitsverbrechen der industriellen Vernichtung der Jüdinnen und Juden, ist deutsche Verantwortung. Vom Faschismus befreit wurde die Welt durch die Antihitlerkoalition. Die Sowjetunion hat den wesentlichen Teil zur Befreiung Europas vom Faschismus geleistet. 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion verloren ihr Leben zwischen dem Juni 1941 und dem Mai 1945. Die Erinnerung und die Lehren aus diesem Menschheitsverbrechen dürfen nicht aus dem Bewusstsein der Menschen in beiden Ländern verdrängt werden.
 - b) Nach 1945 prägte der Kalte Krieg mit seinen konkurrierenden Militärbündnissen, der Hochrüstung, den gegenseitigen Feindbildern und einem beiderseitigen Gefühl von Bedrohung das Bewusstsein in der Sowjetunion und den beiden deutschen Staaten. Während sich das Verhältnis zur DDR völlig anders entwickelte, geriet die Versöhnung in der BRD in den Hintergrund. Erst die Verträge von Moskau und Warschau Anfang der 70er-Jahre sowie die „Schlussakte von Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ 1975 leiteten auch zwischen diesen beiden Staaten eine Entspannungspolitik ein. Das Vertragswerk der KSZE und die ihm zugrunde liegende politische Philosophie sind auch heute noch Beispielgebend für die Lösung politischer Konflikte.

- c) Die Vereinigung Deutschlands, der Abzug sowjetischer/russischer Truppen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, der Zwei-plus-Vier-Vertrag und weitere Vertragssysteme wären ohne Russland nicht möglich geworden. Die NATO-Osterweiterung, die Pläne für die Stationierung eines Raketenabwehrsystems, einseitige Schuldzuweisungen im Georgienkonflikt und die Erfahrungen der Balkankriege waren zumindest aus russischer Sicht gegen Geist und zum Teil auch gegen Buchstabe der Verträge gerichtet. Festzuhalten ist aber: in Europa kann Sicherheit effektiv nur mit und nicht gegen Russland erreicht werden. Die Europäische Union und Deutschland müssen dabei eine Partnerschaft mit Russlands anstreben, die an friedlichen, gutnachbarschaftlichen Beziehungen und beiderseitigen Interessen orientiert ist. Diese Partnerschaft, wenn sie denn gewollt ist, ist für beide Seiten von Vorteil und kann dazu beitragen, Spaltungen in Europa zu überwinden.
2. Die Zusammenarbeit mit Russland ist unverzichtbar zur Lösung wichtiger europäischer und weltweiter Probleme. Dazu gehören unter anderem: die Abrüstung und die Rüstungskontrolle einschließlich des Kampfes gegen die Weiterverbreitung von ABC-Waffen sowie die diplomatische und zivile Bearbeitung und Beilegung von Konflikten.
 3. Die mittelfristige Abhängigkeit Deutschlands und der EU von energetischen Rohstoffen aus Russland ist wechselseitiger Natur. Ebenso wie Europa ist Russland auf eine stabile Energiepartnerschaft angewiesen, die auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit für einen Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen und atomaren Brennstoffen fördert. Diese Kooperation muss die Frage der Energieversorgung für Polen, die Ukraine, Tschechien und der Slowakei sowie für die baltischen Staaten einschließen. Sie darf nicht durch kurzsichtige, konjunkturelle bzw. politische Interessen beeinträchtigt werden. Energiepartnerschaft bedingt Ökologiepartnerschaft. Das würde ein modernes Konzept werden.
 4. Russland hat weitreichende Pläne zur Modernisierung seiner Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft. Die intensive wirtschaftliche Verflechtung, globale Abhängigkeit und Vernetzungen erfordern gemeinsame Ansätze und internationale Kooperation im gegenseitigen Interesse. Dabei ist es Russlands legitimes Recht, den eigenen Markt und die umfangreichen Naturressourcen des Landes vor den negativen Auswirkungen einer unkontrollierten neoliberalen Marktöffnung zu schützen. Russland will Standort industrieller Produktion bleiben und nicht nur Lieferant von Rohstoffen sein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss soziale Dimensionen wie Arbeitnehmerrechte, soziale Partnerschaft, Vereinigungsfreiheit in Gewerkschaften und Verbänden, die Sicherheit von Löhnen und Renten beinhalten.
 5. Zwischen den Zivilgesellschaften in Russland und in Deutschland gibt es vielfältige Beziehungen. Aussöhnung und Zusammenarbeit sind nicht nur staatliche Aufgaben, sondern wachsen von unten. Kultur und Wissenschaftsaustausch, gemeinsame Geschichtsforschung, Kooperation von Verbänden und Gewerkschaften, antifaschistischen Organisationen, der Friedensbewegungen, von Frauenvereinigungen, Austausch von Erfahrungen auf nationaler und regionaler Ebene, Städtepartnerschaften und weiteres mehr schaffen Netzwerke lebendiger Verbindungen von aktiven Menschen. Die Beziehungen vieler Menschen zueinander sollen durch die Regierungen besonders gefördert werden.
 6. Partnerschaftliche Beziehungen dürfen nicht konjunkturell in Frage gestellt werden. Vorurteilen und antirussischen Ressentiments muss widersprochen, sie dürfen nicht hingenommen werden. Sachlichkeit ist nicht Kritiklosigkeit. Partnerschaftliche Beziehungen schließen Kritik, auch zum Stand der Verwirklichung von Menschenrechten, der Meinungs- und Pressefreiheit, ein.

Die Freiheit und Sicherheit von journalistischer Arbeit ist für Russland unverzichtbar und soll gefördert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Vorschläge des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew für einen neuen Vertrag über europäische Sicherheit ernsthaft zu prüfen und darüber sowohl bilaterale als auch unter Einbindung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und in der Europäischen Union multilaterale Verhandlungen zu führen. Diese Verhandlungen haben das Ziel einer Prioritätenverschiebung weg von Militärbündnissen und hin zu vertraglichen Formen gegenseitiger Sicherheitsverpflichtungen;
2. dafür einzutreten, dass in Europa keine Raketenabwehrsysteme installiert werden, die die Sicherheit der Partner direkt oder indirekt untergraben;
3. den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland so schnell wie möglich einzuleiten. Die aus Deutschland abzuziehenden Atomwaffen sollen dabei nicht in anderen europäischen Staaten stationiert werden;
4. am KSZE-Prozess und den in der Charta von Paris beschriebenen Sicherheitsoptionen anzuknüpfen. Die OSZE kann zu einer regionalen Organisation im Sinne der Charta der Vereinten Nationen mit eigener Völkerrechtssubjektivität, ausgebaut werden, sofern sie sich weiterhin auf die zivile Konfliktbearbeitung beschränkt und auf Maßnahmen und Kapazitäten zur Friedens erzwingung verzichtet;
5. aktiv für Abrüstung zu wirken. Hierzu gehört insbesondere:
 - a) die russische Duma und den US-amerikanischen Kongress aufzufordern, den von ihren Regierungen am 8. April 2010 unterzeichneten START-Vertrag zeitnah zu ratifizieren;
 - b) taktische Atomwaffen kurzer Reichweite (bis 500 km) in Abrüstungsvereinbarungen einzubeziehen. Eine Art Short-range-nuclear-forces-Abkommen für Europa würde einen großen friedenspolitischen Fortschritt bedeuten. Auf alle Fälle muss verhindert werden, dass eine Welle von Modernisierungen taktischer Atomwaffen zu neuen Gefährdungspotentialen in Europa führt;
 - c) die Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme der Abrüstung konventioneller Waffensysteme und die Reduzierung der Truppenstärken der Streitkräfte voranzutreiben. Die Ratifizierung des angepassten Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (A-KSE) durch Mitgliedsländer der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) muss erreicht werden, um die vollständige Erosion des A-KSE zu verhindern. Hier ist höchst dringlich verantwortungspolitisches Handeln der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages gefordert. Deutschland muss friedenspolitisch vorangehen. Die Bundesregierung muss dem Deutschen Bundestag den A-KSE-Vertrag zur Ratifizierung vorlegen und die anderen NATO-Staaten auffordern, ebenfalls den A-KSE-Vertrag zu ratifizieren. Darüber hinaus muss eine nächste Phase der Abrüstung konventioneller Waffensysteme und begleitender vertrauensbildender Maßnahmen eingeleitet werden;
 - d) gegenüber Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa einzutreten;
6. die Strukturen der Zusammenarbeit mit Russland auf allen zivilen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ebenen zu intensivieren, insbesondere Russland eine deutsche Mitwirkung an der Modernisierung der russischen Wirtschaft, des Bildungssystems, der Staatsverwaltung anzubieten. Geeignet dafür wären vertragliche Vereinbarungen über stabile Energie-

versorgung, die Forschung und Förderung regenerativer Energiegewinnung, gemeinsame Wirtschafts-, Sozial- und Kulturprojekte sowie eine engere Zusammenarbeit zur Erforschung tiefgreifender geschichtlicher Ereignisse. Weitere Freizügigkeiten im Reiseverkehr, unter anderem durch gegenseitige Visabefreiung, sind im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerungen in Deutschland und Russland;

7. gemeinsam mit Russland und im Rahmen der Europäischen Union antirussische Ängste auch in Osteuropa ernst zu nehmen und durch vertrauensbildende Maßnahmen abzubauen und alle Schritte zu unterstützen, die zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und den ehemaligen Staaten des Warschauer Vertrages, die inzwischen EU-Mitgliedstaaten sind, beitragen. Das Beispiel der russisch-polnischen Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Verbrechen von Katyn aufzuarbeiten und die Tatsache, dass Russland und Polen sich in der Trauer um die Opfer des Flugzeugabsturzes von Smolensk vereinten, haben Türen für eine neue Etappe des Umgangs mit Russland in Osteuropa geöffnet und können dazu beitragen, auch das Verhältnis zu anderen osteuropäischen Staaten zu verbessern;
8. den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zum Anlass zu nehmen, Geschichtsrevisionismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland, aber auch in Russland, entschlossen abzulehnen und jeglicher Form der Relativierung der Verbrechen der SS, der Waffen SS – auch der sogenannten Freiwilligen Verbände – und der Wehrmacht entgegenzutreten.

Berlin, den 4. Mai 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion